



23. April 2025

Ergebnisbericht des Vernehmlassungsverfahrens

Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»



Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
1.1.	Ausgangslage.....	3
1.2.	Ablauf und Adressaten	3
1.3.	Übersicht über die Vernehmlassungsteilnehmenden	3
2.	Ergebnisse der Vernehmlassung	4
2.1.	Stellungnahmen zum indirekten Gegenvorschlag	4
2.2.	Argumente für und gegen den indirekten Gegenvorschlag	5
3.	Abkürzungsverzeichnis	6
4.	Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden.....	7

1. Einleitung

1.1. Ausgangslage

Am 19. März 2024 ist die Eidgenössische Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» zustande gekommen. Sie will in der Bundesverfassung festhalten, dass die Stromversorgung jederzeit sichergestellt sein muss und der Bund die dafür nötigen Verantwortlichkeiten festlegt. Weiter sollen alle klimaschonenden Arten der Stromerzeugung zulässig sein. Eine Annahme der Initiative würde eine neue Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen und die Aufhebung des seit dem 1. Januar 2018 geltenden Verbots der Erstellung neuer Kernkraftwerke bedeuten.

Der Bundesrat hat am 28. August 2024 die Gründe dargelegt, weshalb er die Initiative ablehnt und ihr einen indirekten Gegenvorschlag entgegenstellen will. Die entsprechenden Anpassungen im Kernenergiegesetz (KEG) sind Gegenstand der Vernehmlassung. Die beiden Bestimmungen zum Rahmenbewilligungsverbot für neue Kernkraftwerke und für Änderungen bestehender Kernkraftwerke sollen ersatzlos aufgehoben werden. Damit dürfen in Zukunft grundsätzlich wieder neue Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke erteilt werden.

1.2. Ablauf und Adressaten

Der Bundesrat eröffnete das Vernehmlassungsverfahren am 20. Dezember 2024. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 3. April 2025. Es wurden 262 Akteurinnen und Akteure eingeladen, Stellungnahmen abzugeben.

Die Vernehmlassungsunterlagen und Stellungnahmen können unter www.admin.ch > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2024 > UVEK bezogen werden.

1.3. Übersicht über die Vernehmlassungsteilnehmenden

Im Rahmen der Vernehmlassung sind insgesamt 173 Stellungnahmen eingegangen.

Teilnehmende nach Kategorie	Eingegangene Stellungnahmen
Kantone	25
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	8
Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	2
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	6
Kantonale Konferenzen	2
Ausserparlamentarische Kommissionen	3
Elektrizitätswirtschaft	10
Industrie- und Dienstleistungswirtschaft	20
Verkehrswirtschaft	3
Gebäudewirtschaft	1
Mieter- und Vermieterorganisationen	1
Konsumentenorganisationen	2
Umwelt- und Landschaftsschutzorganisationen	22
Organisationen der Wissenschaft	1
Organisationen der Bereiche Cleantech, erneuerbaren Energien und Energieeffizienz	9
Weitere energiepolitische und energietechnische Organisationen	12
Städte und Gemeinde	2
Weitere Vernehmlassungsteilnehmende	44
Total	173

2. Ergebnisse der Vernehmlassung

Der vorliegende Bericht fasst die eingegangenen Stellungnahmen zusammen, ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben¹.

2.1. Stellungnahmen zum indirekten Gegenvorschlag

Die meisten Vernehmlassungsteilnehmenden lehnen die eidgenössische Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» ab und nehmen detailliert zum Gegenvorschlag Stellung.

Eine klare Mehrheit der Kantone sowie die Konferenz kantonaler Energiedirektoren (EnDK) lehnt den indirekten Gegenvorschlag ab. Umgekehrt unterstützen die Kantone AG, GR, NW, SG, TI, UR, ZG, ZH den Gegenvorschlag, allerdings mehrheitlich unter den Bedingungen, dass die Rahmenbedingungen (namentlich die Finanzierung neuer Kernkraftwerke, Bewilligungsverfahren) definiert und dass der Bestand der erneuerbaren Energien (insbesondere Wasserkraft) gesichert werden.

Die meisten Kantone stellen sich hinter die ablehnende Stellungnahme der EnDK, welche den Bundesrat bittet, eine strategische und fachliche Auslegeordnung einer eventuellen Aufhebung des Rahmenbewilligungsverbots für Kernkraftwerke vorzunehmen und die Rahmenbedingungen für allfällige neue Kernkraftwerke zu definieren, bevor ein so richtungsweisender Entscheid der Energiepolitik gefällt werden kann.

Von den politischen Parteien unterstützen die FDP, EDU und SVP die Vorlage, während Die Mitte, GLP, SP, Grüne, EVP diese ablehnen. Die Grüne Partei hat bereits das Referendum gegen den indirekten Gegenvorschlag angekündigt.

Die Organisationen der Wirtschaft (Ausnahme: Schweizerischer Gewerkschaftsbund) unterstützen den Gegenvorschlag grossmehrheitlich, darunter insbesondere economiesuisse, der Gewerbeverband, der Bauernverband oder der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen. Das Centre Patronal wünscht eine Klärung gewisser Punkte, beispielsweise der Bewilligungsfähigkeit grosser Anlagen und dem Potenzial von Small Modular Reactors (SMR). Die Aargauische Industrie- und Handelskammer regt zudem an, dass die Vorlage um eine Bestimmung ergänzt werden soll, welche für den Bau neuer Kernkraftwerke an den Standorten der bestehenden Kernkraftwerke eine vereinfachte Bewilligungserteilung vorsieht. Auch SwissCleantech begrüsst den Gegenvorschlag, auch wenn der Verband es bedauert, dass mit der Initiative und dem Gegenvorschlag die Diskussion über den Bau neuer Kernkraftwerke erneut geführt wird, statt sich auf die Umsetzung des Stromgesetzes zu konzentrieren. Gleichwohl unterstützt der Verband den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats, weil damit das Verbot neuer Kernkraftwerke aufgehoben wird, was so im Initiativtext nicht zu finden ist. Der Verband regt zudem an, Kriterien für neue Energietechnologien gesetzlich zu verankern.

Auch die drei grossen Stromunternehmen Alpiq, Axpo und BKW stützen den Kurs des Bundesrates. Ebenfalls begrüssen die kleineren Unternehmen der Strombranche den indirekten Gegenvorschlag (Primeo, Verband Aargauischer Stromversorger). Die Walliser Kraftwerke (FMV) lehnen den Gegenvorschlag mit Verweis auf den nötigen Ausbau der Wasserkraft ab. Swissnuclear wünscht sich zusätzlich eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Langzeitbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke.

Ablehnend stehen dem Gegenvorschlag hingegen die Umweltverbände (insbesondere Umweltallianz) gegenüber. WWF, Greenpeace und die Verbände der erneuerbaren Energien (AEE, Swissolar, SSES)

¹ Für die Überarbeitung der Vernehmlassungsvorlage wurden alle Stellungnahmen gemäss Artikel 8 des Bundesgesetzes über das Vernehmlassungsverfahren (VIG; SR 172.061) zur Kenntnis genommen, gewichtet und ausgewertet.

lehnen den Gegenvorschlag ab. Swiss Small Hydro fordert Massnahmen zur besseren Nutzbarkeit der verbleibenden Wasserkraftpotenziale.

Die Konsumentenorganisationen sind gespalten: das Konsumentenforum ist für den indirekten Gegenvorschlag, die Stiftung Konsumentenschutz dagegen.

Der Städteverband sowie Swisshydro lehnen den Gegenvorschlag mit dem Hinweis ab, dass es zur Sicherung der Versorgungssicherheit einen konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien braucht. Der Gemeindeverband verzichtet auf eine Stellungnahme.

2.2. Argumente für und gegen den indirekten Gegenvorschlag

Die wichtigsten Argumente, Fragen und Kritikpunkte, die von den teilnehmenden Akteuren gegen den indirekten Gegenvorschlag vorgebracht wurden, waren die folgenden:

- Demokratiepolitisch: das Volk hat die Energiestrategie 2050 seit 2017 mehrfach bestätigt.
- Es muss sorgfältig untersucht und klar dargelegt werden, warum ein Strategiewechsel in der Energiepolitik notwendig ist.
- Welchen Energiemix strebt der Bundesrat mittel- und langfristig an?
- Wie können neue Kernkraftwerke sinnvoll in das zukünftige Energiesystem integriert werden?
- Wie würde sich der Bau von Kernkraftwerken auf die Entwicklung der Strompreise in der Schweiz auswirken?
- Die geplante Aktualisierung der Energieperspektiven böte die Gelegenheit, die wichtigsten strategischen und fachlichen Fragen zu klären.
- Aufgrund der technischen und finanziellen Komplexität solcher Projekte soll der Bundesrat mit dem indirekten Gegenvorschlag die regulatorischen Rahmenbedingungen für die Planung und den Bau allfälliger neuer Kernkraftwerke entweder explizit bestätigen oder neu definieren.
- Es fehlen Angaben zu eventuellen Anpassungen der Bewilligungsvoraussetzung, zu einer möglichen Trägerschaft und Finanzierung neuer Kernkraftwerke, zur Endlagerung der aus dem Betrieb neuer Kernkraftwerke anfallenden radioaktiven Stoffe oder zu Haftungsfragen.
- Neue Kernkraftwerke verursachen hohe Kosten, deren Finanzierung ist unklar.
- Der Umgang mit den radioaktiven Abfällen und der Endlagerung ist sehr herausfordernd; es verbleiben Sicherheitsrisiken in der dicht besiedelten Schweiz.
- Neue Kernkraftwerke haben eine lange Erstellungsdauer.
- Neue Kernkraftwerke konkurrenzieren den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Auf Seite der Befürwortenden überwiegen die folgenden Argumente:

- Die Aufhebung des Neubauverbots schafft wertvolle Technologieoffenheit.
- Es ergeben sich Optionen für die Wahrung der Versorgungssicherheit in Zukunft.
- Kernkraftwerke produzieren zuverlässig Bandenergie.
- Kernkraftwerke leisten einen wesentlichen Beitrag für den grossen zukünftigen Mehrbedarf an Strom.
- Kernkraftwerke produzieren CO₂-armen Strom und tragen so zur Netto-Null Zielsetzung bis 2050 bei. Dies im Gegensatz zu fossilen Gaskraftwerken, die aufgrund der Klimapolitik keine Option mehr sind.
- Die Fehler der Energiestrategie 2050 müssen korrigiert werden.

3. Abkürzungsverzeichnis

ACE	Arbeitsgruppe Christen und Energie
AefU	Ärztinnen und Ärzte für Umwelt
AG	Aargau
AIHK	Aargauische Industrie- und Handelskammer
AKU-SEA	Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie und Umwelt der Schweizerischen Evangelischen Allianz
AR	Appenzell Ausserrhoden
asut	Schweizerischer Verband der Telekommunikation
BE	Bern
BL	Basel-Landschaft
BPUK	Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz
BS	Basel-Stadt
CCIG	Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève
CVCI	Chambre Vaudoise du commerce et de l'industrie
DSV	Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber
EDU	Eidgenössisch Demokratische Union
EKK	Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen
EnDK	Konferenz Kantonalen Energiedirektoren
ENHK	Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission
ETH	Eidgenössischen Technischen Hochschulen
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
FDP	Fusion von Freisinnig-Demokratischer Partei der Schweiz
FER	Fédération des Entreprises Romandes
FMV	Forces Motrices Valaisannes
FRS	strassenschweiz, Verband des Strassenverkehrs
GE	Genf
gfbv	Gesellschaft für bedrohte Völker
GGs	Gruppe Grosser Stromkunden
GL	Glarus
GLP	Grünliberale Partei Schweiz
GR	Graubünden
hkbb	Handelskammer beider Basel
IG DHS	Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz
IGEB	Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen
JU	Jura
kf	Konsumentenforum
KNS	Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit
LU	Luzern
NE	Neuenburg
NW	Nidwalden
NWA	Nie Wieder Atomkraftwerke
oeku	Kirchen für die Umwelt
OW	Obwalden
PARAT	Partei für Rationale Politik, Allgemeine Menschenrechte und Teilhabe
PSR/IPPNW	Physicians for Social Responsibility/International Physicians for the Prevention of Nuclear War
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
SBV	Schweizerischer Baumeisterverband
SDCA	Swiss Data Center Association
SES	Schweizerische Energiestiftung
SG	St. Gallen
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
SH	Schaffhausen

SIA	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
SKS	Stiftung für Konsumentenschutz
SO	Solothurn
SOKW	Solkraftwerk Wohlen
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SSES	Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie
SSV	Schweizerischer Städteverband
SVP	Schweizerische Volkspartei
SZ	Schwyz
TG	Thurgau
TI	Tessin
TRAS	Trinationaler Atomschutzverband
UR	Uri
VAS	Verband Aargauischer Stromversorger
VCS	Verkehrs-Club der Schweiz
VD	Waadt
VFAS	Verband des freien Autohandels der Schweiz
vkg	Vereinigung Kantonalen Gebäudeversicherungen
VS	Wallis
VSE	Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
ZG	Zug
ZH	Zürich

4. Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden

Kantone

Kanton Aargau (AG)
 Kanton Appenzell Ausserrhoden (AR)
 Kanton Basel-Landschaft (BL)
 Kanton Basel-Stadt (BS)
 Kanton Bern (BE)
 Kanton Freiburg (FR)
 Kanton Genf (GE)
 Kanton Glarus (GL)
 Kanton Graubünden (GR)
 Kanton Jura (JU)
 Kanton Luzern (LU)
 Kanton Neuenburg (NE)
 Kanton Nidwalden (NW)
 Kanton Obwalden (OW)
 Kanton Schaffhausen (SH)
 Kanton Schwyz (SZ)
 Kanton Solothurn (SO)
 Kanton St. Gallen (SG)
 Kanton Tessin (TI)
 Kanton Thurgau (TG)
 Kanton Uri (UR)
 Kanton Waadt (VD)
 Kanton Wallis (VS)
 Kanton Zug (ZG)
 Kanton Zürich (ZH)

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

Die Mitte
Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU)
Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP
FDP. Die Liberalen
GRÜNE Schweiz
Grünliberale Partei Schweiz glp
Schweizerische Volkspartei SVP
Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS

Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städten und Berggebiete

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Schweizerischer Städteverband

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

Bauenschweiz
economiesuisse
Schweizer Bauernverband
Schweizerischer Baumeisterverband (SBV)
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)
Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)

Kantonale Konferenzen

Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)
Konferenz Kantonalen Energiedirektoren (EnDK)

Ausserparlamentarische Kommission

Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen (EKK)
Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit (KNS)
Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK)

Elektrizitätswirtschaft

Alpiq AG
Axpo Services AG
BKW Energie AG
Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber (DSV)
FMV SA
Primeo Management AG
Swissnuclear
Swisspower AG
Verband Aargauischer Stromversorger
Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)

Industrie- und Dienstleistungswirtschaft

Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)
asut Schweizerischer Verband der Telekommunikation
cemsuisse
Centre Partonal
Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève
Chambre Vaudoise du commerce et de l'industrie (CVCI)
EIT.swiss
Fédération des Entreprises Romandes
Gruppe Grosser Stromkunden (GGS)

Handelskammer beider Basel (hkbb)
HotellerieSuisse
Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (IG DHS)
Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen (IGEB)
metall.suisse
Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein (SIA)
Scienceindustries
suisse.ling
Swiss Data Center Association
Swissmem
Ziegelindustrie Schweiz

Verkehrswirtschaft

Auto Schweiz
strassenschweiz, Verband des Strassenverkehrs (FRS)
Verband des freien Autohandels der Schweiz (VFAS)

Gebäudewirtschaft

Energieberatung Sanierungen Architektur

Mieter- und Vermieterorganisationen

Casafair Schweiz

Konsumentenorganisationen

kf Konsumentenforum
Stiftung für Konsumentenschutz (SKS)

Umwelt- und Landschaftsschutzorganisationen

Allianz Atomausstieg
Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie und Umwelt der Schweizerischen Evangelischen Allianz
Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz
Avocat.e.s pour le climat
ContrAtom
Écologie libérale
Fokus Anti-Atom
Greenpeace Schweiz
KLAR SCHWEIZ
Klima-Allianz Schweiz
Klima-Grosseltern Schweiz
oeku Kirchen für die Umwelt
Paysage Libre Fribourg
Pro Natura Schaffhausen
Pro Natura
Schweizerische Energiestiftung (SES)
Sortir du nucléaire
Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz
Umweltfreisinnige St. Gallen
Verein Klimaschutz Schweiz
Vekehrs-Club der Schweiz (VCS)
WWF Schweiz

Organisationen der Wissenschaft

Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen

Organisationen der Bereiche Cleantech, erneuerbare Energien und Energieeffizienz

aeesuisse

CEO GGS

négaWatt Schweiz

Solarkraftwerk Wohlen (SOKW)

Solarspar

Swiss Small Hydro

Swisscleantech

Swissolar

Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie (SSES)

Weitere energiepolitische und energietechnische Organisationen

Arbeitsgruppe Christen und Energie (ACE)

AVES Kanton Solothurn

AVES Zug

Energie Club Schweiz

IG Energie SH

Nuklearforum Schweiz

NWA Schweiz

PSR IPPNV Schweiz

Trinationaler Atomschutzverband

Verband Kleinwind

Verein energie-wende-ja

Verein Kettenreaktion

Städte und Gemeinde

Stadt Schaffhausen

Stadt Zürich

Weitere Vernehmlassungsteilnehmende

Bähler Marco

Balmer Schaftroth Ursula

Bänziger Esther

Bleiker Markus

Burki Rainer & Biondo Monica

FDP. Die Liberalen Aargau

Fessler Erika

Fischer Max

Gasser Susanne

Gerber Rüegg Julia

Gesellschaft für bedrohte Völker

Grüne Bezirk Dielsdorf

Grüne Nidwalden Ortsgruppe Stans

Grüne Nidwalden

Grüne Tessin

Grüne Thurgau

Grüne Weinland

Gumpinger Johannes

Hess Marco

Hodel Beat
Hodel Julia
Hodel Kornelia
Hofmann Andreas
Humpel Heinrich
Hunziker Hans
Junge Evangelische Volkspartei Schweiz
Jungfreisinnige Schweiz
Lank Franziska
Mattes Anita & Norbet
Meier Daniel
Meier Martina
Neukomm-Wyder Veronika und Fritz
PARAT-Partei für Rationale Politik, Allgemeine Menschenrechte und Teilhabe
Politbeobachter
Rechsteiner Rudolf, Dr. rer. pol.
Riesen Bruno
Sarasin David
Schneeberger Urs
Schwander Rudolf
Sozialdemokratische Partei Nidwalden
Vereinigung Kantonalen Gebäudeversicherungen
Wick Alexander
Wick Marianne
Zauner Renate

Total: 173